



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz  
Fachbereich Europarecht- und Internationaler Menschenrechtsschutz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

### **Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rats vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. November 2013 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zur Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rats vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) das Vernehmlassungsverfahren eröffnet und die Kantone zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat ist mit der vorgeschlagenen Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Stellungnahme.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Altdorf, 11. Februar 2014



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Josef Dittli

Roman Balli